

ÄNDERUNGSANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
- Drucksache 7/1310 -

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drucksache 7/900 -

Entwurf eines Haushaltsgesetzes 2018/2019 und eines Verbundquotenfestlegungsgesetzes 2018/2019

und der Unterrichtung durch die Landesregierung
- Drucksache 7/898 -

Mittelfristige Finanzplanung 2017 bis 2022 des Landes
Mecklenburg-Vorpommern einschließlich Investitionsplanung

hier: Einzelplan 10 - Geschäftsbereich des Ministeriums für Soziales, Integration und Gleichstellung

Der Landtag möge beschließen:

Für den Einzelplan 10	Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung
Kapitel 1005	Sozialwesen, Sozialhilfe und Sozialversicherung
MG 30	Sozialpolitische Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen
Titel 684.34	Zuschüsse an Verbände und Vereine der Freien Wohlfahrtspflege für die Beratung von Menschen mit Behinderungen

werden die Ansätze für das Jahr 2018 um 15,0 TEUR auf 510,0 TEUR und für das Jahr 2019 um 30,0 TEUR auf 525,0 TEUR erhöht.

Die Deckung der Mehrausgaben erfolgt aus:

Einzelplan 11	Allgemeine Finanzverwaltung
Kapitel 1108	Verstärkungsmittel
Titel 548.01	Mehraufwand an sächlichen Verwaltungsausgaben

Der Ansatz wird im Haushaltsjahr 2018 um 15,0 TEUR auf 7.985,0 TEUR und 2019 um 30,0 TEUR auf 7.970,0 TEUR reduziert.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Der Paritätische Mecklenburg-Vorpommern hat mit Schreiben vom 06.10.2017 an den Sozialausschuss des Landtages bei den angeführten Beratungs- und Betreuungsangeboten besonderen Handlungsbedarf angezeigt.

Die Anhebung der Ansätze dient der Kompensation der Personal- und Sachkostensteigerungen und damit der Sicherung dieser wichtigen Beratungs- und Betreuungsangebote.